

AUSTRALIEN

Keine rettende Insel mehr



Flüchtlingslager auf der Pazifikinsel Nauru: Bis vor kurzem war das Camp nahezu leer - nun hat die australische Regierung wieder gestrandete Asylsuchende hierher überführt.

(Foto: Lefttonauru.com)

Die australische Regierung strebt ein Einwanderungsgesetz an, das sich vor allem gegen jene richtet, die gute Aussichten auf einen Asylstatus haben. Vorerst konnte die Einführung verhindert werden.

"Dies ist der bei Weitem besorgniserregendste Gesetzestext, der mir je vorgelegt wurde", ereiferte sich der liberale Abgeordnete Petro Georgiou über die von seiner Partei vorgeschlagene Änderung des Einwanderungsgesetzes. Nachdem die "Migration Amendment (Designated Unauthorised Arrivals) Bill" nach hitzigen Debatten vom Parlament abgesegnet worden war, scheiterte sie vor zwei Wochen am Widerstand des Senats. Zwar verfügt die konservativ-liberale Regierungskoalition um Premierminister John Howard im Senat über eine knappe Mehrheit. Nachdem Judith Troeth, Senatorin der Liberalen, verkündete, sie werde die Politik ihrer Partei nicht mittragen, musste Howard die Gesetzesvorlage jedoch zurückziehen.

Die Änderung hätte zu einer drastischen Verschärfung der Einwanderungsregelungen geführt. Das Gesetz sah vor, alle Personen, die das australische Festland auf dem Seeweg erreichen und kein Visum besitzen, während der Prüfung ihres Asylantrags und auf unbefristete Dauer in Auffanglagern zu internieren, die Australien in Nachbarstaaten betreibt. Währenddessen hätten die Asylsuchenden keinerlei Anspruch auf medizinische Versorgung, Rechtsbeistand oder Berufung.

In den vergangenen Jahren wurde Australiens Einwanderungspolitik bereits mehrmals verschärft. Seit 1992 sieht die Gesetzgebung vor, dass Immigranten, die Australien über den Seeweg erreichen, in Haft genommen werden, während ihr Status überprüft wird.

Das Drama um den norwegischen Frachter MV Tampa im August 2001 führte zu einer noch repressiveren Einwanderungspolitik. Die MV Tampa hatte rund 430 Flüchtlinge, die meisten aus Afghanistan, an Bord genommen, als deren Schiff nahe der

Weihnachtsinsel in Seenot geriet. Die Regierung Australiens, zu dessen Territorium die Weihnachtsinsel zählt, weigerte sich tagelang, die Schiffbrüchigen aufzunehmen, obwohl sich die hygienischen Bedingungen auf dem Frachter und der Gesundheitszustand der Passagiere rapide verschlechterten und obwohl Australien dadurch internationales Recht verletzte. Schlussendlich wurde ein Großteil der Flüchtlinge nach Nauru, einem kleinen Inselstaat im Südpazifik, verschifft und in Lagern untergebracht.

Noch im selben Jahr wurde die Ausnahmeregelung zur offiziellen Politik. Im Zuge der so genannten "Pacific Solution" wurden die meisten australischen Inseln aus der Einwanderungszone herausgenommen: Wer nicht das australische Festland erreicht, kann demnach in Lager außerhalb Australiens überführt werden, insbesondere

nach Papua Neuguinea und Nauru. Mit der vor zwei Wochen gescheiterten Gesetzesänderung sollte nun die gesamte australische Küste zur "excised zone" erklärt werden, um es Immigranten unmöglich zu machen, die Einwanderungszone per Boot zu erreichen.

Berufungsrecht in Frage gestellt

Die Bereitschaft der Regierung Naurus, ihre Insel als Auffanglager zur Verfügung zu stellen, geht auf Naurus Abhängigkeit von finanzieller Hilfe aus Australien zurück. Seit den achtziger Jahren sind die Phosphatvorkommen, denen der Inselstaat immense Einkünfte verdankte, nahezu erschöpft. Mittlerweile erinnern nur noch Umweltschäden und die hohe Zahl an DiabetikerInnen an den vergangenen Wohlstand. Neun von zehn Einwohnern sind arbeitslos, da ist jeder australische Dollar recht.

In den letzten zwei Jahren wurde die Anzahl der Insassen - darunter Frauen und Kinder - der Lager auf Nauru kontinuierlich reduziert. Die meisten Inhaftierten wurden von anderen Staaten aufgenommen, oft als Gegenleistung für finanzielle Hilfe aus Canberra. Andere erhielten provisorische australische Visa, deren Gültigkeit auf drei Jahre befristet ist. Bis vor Kurzem waren nur noch zwei Personen dort inhaftiert. Mohammed Sagar und Mohammad Faisal, beide aus dem Irak, wurde zwar der Flüchtlingsstatus zuerkannt. Da beide jedoch aus unklaren Gründen als Sicherheitsrisiko eingestuft werden, wird ihnen die Einreise verwehrt. Nach fünf Jahren Haft leiden beide unter Depressionen und sind suizidgefährdet.

Vor zwei Wochen konnten sie sich jedoch über neue Ge-

sellschaft freuen. Ein Tag bevor das Gesetz im Senat verabschiedet werden sollte, wurden acht Asylsuchende aus Burma, nachdem sie eine der unzähligen Inseln vor der australischen Küste erreicht hatten, nach Nauru überführt. Amanda Vanstone, Ministerin für Einwanderungspolitik, nutzte den willkommenen Vorfall, um für die Position der Regierung zu werben: "Man sollte bedenken, dass diese Personen, wenn sie australisches Festland erreicht hätten und wenn man ihnen den Flüchtlingsstatus nicht zugesprochen hätte, hier jahrelang hätten bleiben können, um diese Entscheidung anzufechten."

Anlass des erneuten Versuchs, die Gesetzeslage zu verschärfen, war die Einreise von 43 politischen Flüchtlingen aus West Papua, das seit 1963 von Indonesien besetzt wird. Unabhängigkeitsbestrebungen der Bevölkerung werden von der "Bewegung Freies Papua" (OPM) verfochten, deren bewaffneter Arm sich sporadische Kämpfe mit indonesischen Regierungstruppen liefert. Laut Amnesty International sind seit der Besetzung rund 100.000 Einwohner West Papuas getötet worden.

Nachdem im vergangenen März 42 Flüchtlingen Asyl gewährt wurde, kam es zu Spannungen zwischen Australien und Indonesien. Der Konflikt gipfelte darin, dass Indonesien zeitweilig seinen Botschafter aus Australien abzog, während in der indonesischen Presse australische Politiker als kopulierende Hunde karikiert wurden. Die geplante Gesetzesänderung war Teil eines Versuchs, die Einwohner West Papuas vor einer Flucht nach Australien abzuschrecken und dadurch die indonesische Regierung zu besänftigen.

Indonesien droht

Nun scheinen sich die gekitteten Beziehungen zwischen Australien und Indonesien wieder zu verschlechtern. Die indonesische Regierung droht kaum verhohlen damit, eine größere Anzahl Flüchtlinge könne sich nun auf den Weg machen. In einer Reaktion auf die Zurücknahme der Gesetzesänderung verkündete der Regierungssprecher Desra Dercaya, dies könne als Signal gesehen werden, "dass Australien die Tür für Asylsuchende öffnet, inklusive für illegale Einwanderer, die sich schon seit vielen Jahren in Indonesien aufhalten."

Kritiker werfen John Howard vor, er habe sich mit der Gesetzesänderung dem Druck aus Indonesien beugen wollen - eine Sicht, die von Tony Burke, Sprecher der Labor Party für Einwanderungspolitik, geteilt wird: "Unsere Einwanderungspolitik wird nicht in Canberra entschieden. Sie

wird in Jakarta entschieden." Dabei bedient Labor auf populistische Weise Ressentiments gegen den Nachbarstaat und übersieht geflissentlich, dass die Liberal Party auch das verfolgt, was sie für Australiens eigene Interessen hält, unabhängig von den diplomatischen Beziehungen zu Indonesien.

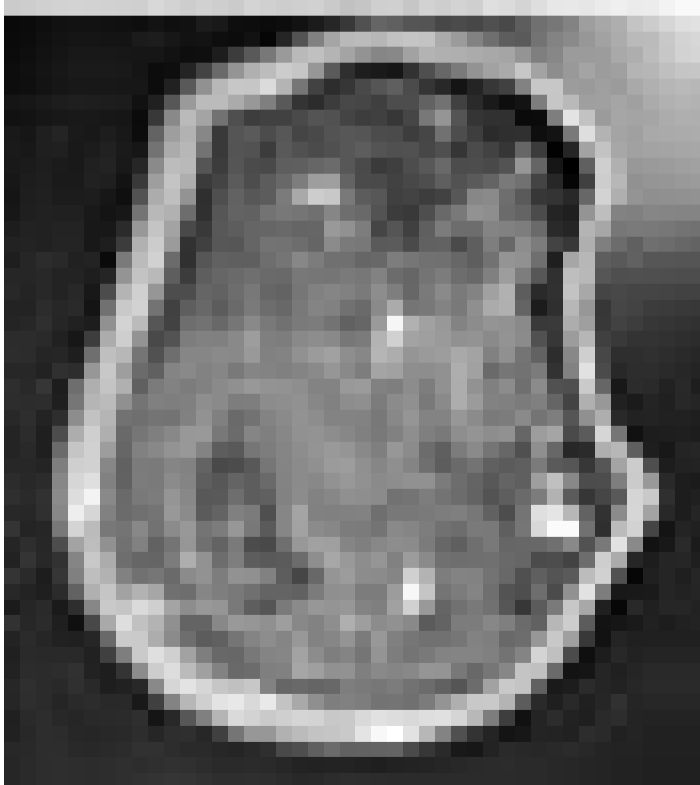
Das Hauptargument der Liberalen lautet, ihre Einwanderungspolitik führe zu erheblichen Einsparungen. Es ist jedoch unklar, ob die Einsparungen die beträchtlichen Kosten aufwiegen, die nach einer Umsetzung des Gesetzesentwurfs entstehen.

Entscheidender Nutzen der repressiven Einwanderungspolitik ist hingegen die Abschreckung vor allem jener Einwanderer, von denen man weiß, dass ihnen der Flüchtlingsstatus zusteht. Denn der Anteil der stattgegebenen Asylanträge unter den "boat people" ist erheblich höher als der entsprechende Prozentsatz unter den Einwanderern, die den Luftweg wählen. Laut offiziellen Regierungsangaben ist die Anzahl der Flüchtlinge auf dem Seeweg seit der Einführung der Pacific Solution stark zurückgegangen. Während von 1999 bis 2001 noch 9.000 Menschen in Australien (die Inseln einbegriffen) ohne Visum an Land gingen, seien es seit 2001 nur noch 200. Pro Person, deren Einreise vermieden werde, spare Australien rund 35.000 Euro. Allerdings ist unklar, wie die letztgenannte Zahl zustande kommt.

Sicher ist hingegen, dass die Liberal Party die Einwanderungsdebatte aus wahlstrategischen Gründen nutzt, um Ängste vor einer "Flüchtlingswelle" zu schüren und sich in Sachen Grenzüberwachung als kompetent und kompromisslos zu profilieren. Im Gegenzug versucht sie, die Oppositionsparteien als "weich" in Sicherheitsfragen zu diskreditieren. Dort kann man die Muskelspiele der innerlich zerstrittenen Liberalen jedoch gelassen nehmen: Diese Runde geht eindeutig an die Herausforderer aus der Opposition.

Gilles Bouché

Gilles Bouché lebt und studiert in Australien.



Bis 1888 hieß sie "The Pleasant Island", heute bietet sich die Pazifikinsel Nauru als Auffanglager für Flüchtlinge an.

(Foto: Deutsch Naurische Gesellschaft)